

Saale-Beitung.

Sechshundvierzigter Jahrgang.

werden die Geopolitische Kolonialpolitik aber deren Raum mit 30 Pfg., welche aus Halle mit 20 Pfg. bezogen und in unsere Annoncenstellen und alle Annoncen Expeditionen angenommen. Retorten zu 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erkrecht täglich zweimal, Sonntag und Montage einmal.

Redaktion und Druck-Gelehrtsstelle: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17; Verlagsstellen: Markt 24

Begrüßung
Der Halle betreffend ist der nachfolgende Bescheid vom 2. Mai, durch die Volkshilfe, an die Aufsichtsbekanntmachung, Beschlüssen werden von allen Reichsparteien angenommen.
Im amtlichen Jahrbuch-Bericht über untere Wahlkreise eingetragene.
Für untere Wahlkreise Beschlüssen mit dem Zweck der Beschlüsse.
Beschlüssen mit dem Zweck der Beschlüsse.
Beschlüssen mit dem Zweck der Beschlüsse.
Beschlüssen mit dem Zweck der Beschlüsse.

Nr. 219.

Halle a. S., Freitag, den 10. Mai.

1912.

Dr. Wiemers Sieg.

Wahlkreise, 9. Mai. Bei der Stichwahl im 2. odenburgischen Reichstagswahlkreise Barel-Jever erhielt Dr. Wiemer (Fortschr. Volksp.) 10 901, Hug (Soz.) 12 587, Dr. Albrecht (natl.) 1898 und Frhr. v. Hammerstein (Bund der Landwirte) 998. Während die sozialdemokratischen Stimmen nur um 750 gestiegen sind, wuchs die Zahl der Wähler für Wiemer um 4 859, also fast 2000 Stimmen mehr, als bei den anderen bürgerlichen Kandidaten bei der Hauptwahl zusammen erhalten hatten, ein Beweis, daß die Schärfe des Wahlkampfes die Wahlbeteiligung wesentlich gefördert hat.

Die Heubrand-Parole der festigtreuen Stammisf-Politiker in Jever und Barel hat versagt: Wiemer ist in dem alten Trügerschen Wahlkreise mit einer Majorität von mehr als 2000 Stimmen gewählt worden. Die Despedat-Politik, die ein gewisser Aus-Politiker-Zirkel, dessen Angehörige von der freien, frischen Denkungsart der Freien nichts geerbt haben, beim dampfenden Punschglas proklamieren hat, sog nicht; die steifnackigen Männer der einfaches „edlen Herrschaft“, zu der im Amte Barel nicht weniger als 59 Bauernschaften zählen, gingen schweigend ihre eigenen Wege, sie wählten den Fortschrittler Wiemer, in dem sie den berufenen Erben ihres Albert Träger sahen, und ebenso taten die Wähler von Jever, der einstigen alten Freienrepublik, die sie für recht fanden, sie warfen ihren Stimmzettel für den freiheitlich gesinnten Wiemer in die Urne!

Es heißt odenburgische Sinnesart und Denkweise schlecht kennen, wenn man annimmt, daß sich die rößten Bauern, die Herren in ihren Märschen sind, die sagen: „Mein Haus ist meine Burg“, in ihrer politischen Gesinnung, die auf dem fußt, was sie als Recht erkannt, durch die Wahlparole eines Stammisches beeinflussen lassen. Das sind keine Bauern, denen die Sörgigkeit im Blute fließt, die die Knochen zusammenreihen, wenn der Amtsröster mit ihnen spricht (die aus jahrhundertelanger Drangaliererei noch nicht zu selbständigem Denken erwacht), sondern es sind steifnackige Riesengefallen, die sich nur langsam, aber desto fester an eine Idee ketten, so fest wie der Anker ihrer Schiffe Grund fassen muß in den tiefen Siefeln des Lebens, wenn der Nordwest die Ankerkette nicht zerreißen soll.

Der Sieg ist unser. Ein Wahlkreis, in dem die fortschrittlichen Wähler Jahrzehnte hindurch an ihrem Träger festhielten, in dem das Bild des alten Freiinshelden und Barden, mit einem hübschen Spruch von Trägers Hand geziert, in so mancher guten Stube über dem Sofa hing — zwischen dem Selbstbild des alten Großerzogs Peter und dem des jetzt regierenden Landesfürsten — ist davor bewahrt geblieben, den 11. roten Wahlkreis zu bilden! Dr. Wiemers Gegner war nicht zu unterschätzen. Denn der Genosse Hug in Bant ist nicht nur ein sehr kluger und gewandter Mann, den die Odenburger seit Jahren kennen und an dessen Schlagfertigkeit sie mandmal ihre Freude haben, wenn er den Typen aus dem „Poker-Krog“ die Leventen fließt; Herr Hug ist auch das, was nicht alle klugen Leute sind: Herr Hug ist Diplomat . . . der niemals über den Zukunftsstaat spricht . . . Herr Hug ist zudem ein Mann mit geschäftlichen Manieren, dem es niemals einfallen könnte, sich auf Grund des Hausrechtsparagrafen (à la Obergenosse Borchardt) aus dem Parlament hinauswerfen zu lassen.

Wir haben die einzelnen Phasen dieses Wahlkampfes sehr genau verfolgt. In der Regel bieten sie ein und dasselbe Bild: Die Sozialdemokratie hält mit ihren wahren Absichten und mit ihrem echten Glaubensbekenntnis nach Möglichkeit zurück, um das Heer der bürgerlichen Mitläufer, Wähler und Querulanten an die rote Fahne zu fesseln; sie beschränkt sich auf eine scharfe (zweilen auch maßlose Kritik) unserer inneren Politik und beschuldigt in der Regel den Liberalismus, daß er „nicht liberal“ genug wäre. Nur von der Sozialdemokratie kommt bekanntlich das Heil. Solcher Kampfesweise gegenüber haben die fortschrittlichen

Politiker, die mit offenem Bistier kämpfen, einen schweren Stand! Wenn trotzdem der Sieg bei uns war, so beweist das aufs neue die unzerstörbare Werbetraft der liberalen Weltanschauung, die durch radikalere Vorken zwar einen Moment verdundelt, aber nie vernichtet werden kann.

Mit Dr. Wiemer zieht ein gemessenhafter Politiker von abgeklärter Denkwiese in den Reichstag ein; ein Parlamentarier wird wieder die Führung der Fraktion übernehmen, der in Tagen der verwidelten politischen Konstellation, in den Tagen der Blodtrife mit rücksichtsloser Energie den Gedanken vertrat, daß dem Liberalismus der Platz an der Sonne nicht genommen werden, daß eine Regierung niemals das liberale Bürgerium ausfällen dürfe.

Wiemers Sieg in Barel-Jever wird Tausende freuen, die das Ringen des fucht- und schlößlosen Kämpfers bei der letzten Reichstagswahl aus nächster Naahbarhaft mit anschauen durften. Wiemer hat es bei der Stichwahl in Nordhausen abgelehnt, auf Kosten einer moderierten Wahlparole in den Reichstag zu hintern. Sein faltet „Entweder-Oder“ hat ihm bei den agrarischen Gutsbesitzern der Grafschaft Hohenstein samt ihrem Troß das Genid gebröhen: das fönigstreue, urteilreiche und antimilitärische Agrarierium wählte den „Genossen“ statt Wiemer. Unser Wiemer fiel durch, um so höher stieg sein Ansehen in der Partei.

Die Märschenbauern in Barel haben gefest den Manschettensbauern im Kreise Nordhausen die richtige Antwort gegeben. W. G.

Spektakelstück in Preußen.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.) * Berlin, 10. Mai 1912.

Die Bombe ist geplatzt. Der in der verwegenen sozialdemokratischen Stürmerreihe des preußischen Abgeordnetenhauses glimmende Zunder hat heute den Sprengstoff aufschäumen lassen: das zornmütigste Mitglied dieser kleinen Schar, Abg. Borchardt, mißachtete hartnäckig die Mahnungen des Präsidenten Freiherrn v. Erffa, Zwischensprüche, neben einem Redner stehend, zu unterlassen, und so wurde er denn schließlich, da auch eine halbflüchtige Beratung seinen Sinn nicht fänftigen konnte, gemäß den neuerdings verschärferten präsidialen Zuchtmitteln, dem „Hausrechtspatragraphen“, durch Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal entfernt.

Als er späterhin, während einer Geschäftsordnungsdebatte über dieses Intermezze, wieder im Saal erschien, wurde er nochmals polizeilich hinausgewiesen. Beim erstenmal hätte sein neben ihm stehender Parteifreund, Abg. Leinert, beinahe sein Schicksal geteilt. Zertümlerische ergriffen die Schulteute aus ihm, um ihn abzuführen. Doch der Polizeileutnant gebot Einhalt. Schließlich, in deutschen Parlamenten noch nicht dagewesene Szenen. Da mußte man den Abg. Hoffmann (Soz.), den sog. „Zehngelobte-Offmann“ erträglich finden einerseits, weil er dem Ersuchen des Verhandlungsleiters sich gefügt und weitere Zwischenrufe von der Nähe der Rednertribüne unterlassen hatte, andererseits weil er in das Reichliche des Eintritts des Polizeileutnants und des Ermittlungsorganges seinen unwürdigen Humor einstrakte, indem er kraftvoll ausrief: „Hurra! Hurra!“ und „Preußen in der Welt voran!“ Das war natürlich ironisch gemeint, aber in jolt ungläublicher Situation wirkte auch funkelnder Spott einigermaßen erleichternd.

Wie eine weiteres schwere Wolke lastete es auf dem Parlament „mit der behaglichen Temperatur“, wie einst Maquet die zweite Preußenkammer nannte. Wo immer der trohige Herr Borchardt nach der zweiten Ausweisung in diesem Hause seine Schritte hinwanderte — die Widelhaube der Schulteute blühte ihm zur Seite. Sie dräute danach aber auch an sämtlichen Eingängen zum Sitzungssaal — unwillkürlich fühlte man sich an den „Leutnant mit zehn Mann“ des Herrn v. Odenburger-Jauchhau erinnern. Der „Delinquent“ ließ sich schließlich in Journalisten-Erfrischungstrank nieder, an dessen Eingang sofort die Polizei auf Posten zog. Die Plenardebatte nahm dann Fortgang, doch noch lange juckte die Aufregung über das beispiellose Vorkommnis unter den Beramtelten nach.

Niemand war darauf gefaßt gewesen, und wie konnte man auch! Stand doch das nicht gerade sensationelle Bestbefestigungsgesetz auf der Tagesordnung. Das Haus tam infolgebehen, und weil das wenig rühmliche Drama sich schnell abspielte, aus dem Zustand der Verblüffung eigentümlich kaum heraus. Bekommene Schweigen herrschte während der formellen Übertragung der Ersetzungswahl von Seiten des Präsidenten an den Polizeileutnant, die penltlichste Stille, in der der schriftliche Hinweis des Abg. Borchardt gegenüber dem Polizeiführer auf strafrechtliche Abhandlung mit fünf Jahren Zuchthaus unheimlich dröhnte, während der Exekution, bei der Abg. Leinert am Vorkragen von seinem Platz hinweggezogen, sein Freund Borchardt dann vom

Rebenstiel geholt — da er gutwillig den Saal auch auf des Leutnants Aufforderung nicht verlassen wollte — und von den Schulteuten zu der Pforte am Regierungssitz fast hingetragen wurde.

Gewiß, der Präsident konnte nicht mehr zurück, nachdem er durch Anfügung des Alarm-formulars die Polizei herbeigerufen hatte. Aber es will doch scheinen, als habe die Abhandlung im rechten Verhältnis zu der Verlesung des Abg. Borchardt gestanden. Außerhalb Preußens dürfte man stark vor Staunen sein über einen derartigen Erweis preußischer Straffheit, und es darf nicht unerwähnt bleiben, daß der parlamentarische Standal auch im Reichstage, wo gestern in zahlreichen Neben das einmütige Verlangen aller Parteien nach finanzieller Beseitigung der Kriegsveteranen zum Ausdruck gebracht wurde, stark verjimmte. Würde auch Herr Borchardt das behauerliche Vorkommnis provozieren haben — es ist jetzt eine Waffe von der Wand genommen, die nun vielleicht nicht mehr von Staub bedekt wird. Da wird man wohl in den anderen Einzelstaaten lächelnd des Willen-Wortes gedenken! „Preußen in Deutschland voran!“ Hoffentlich bleiben den Schwarzweissen Szenen im Parlament erspart, wie sie den österreichischen Namen vor aller Welt bloßgestellt haben.

Die „Freisinnige Zeitung“ sagt in einem „Foliel im Abgeordnetenhaus“ betitelten Artikel: „Präsident v. Erffa hat natürlich das Recht, Abgeordnete von dem Platz auf der Treppe und vor der Rednertribüne fortzujemen und sie auszuführen, sich auf ihre Plätze zu begeben. Eine andere Frage ist, ob der Präsident aus der widerholten Verlesung des Abg. Borchardt diejenigen Konsequenzen ziehen mußte, die er gezogen hat und die zu den eines Parlaments unwürdigen Szenen führten. Es scheint uns, als ob Frhr. v. Erffa durch das Benehmen der sechs Sozialdemokraten und durch das fortgesetzte Antreiben seiner konservativen Parteifreunde in eine höchst unglückliche Position geraten ist. Wir erinnern daran, daß sich im Reichstag Graf Ballestrem in einem ganz ähnlichen Fall anders benommen hat. Der inzwischen gestorbene Abg. Singer stand gleichfalls auf der Treppe und wurde auf seinen Platz gewiesen. Als er der Aufforderung nicht nachkam, schloß ihn Graf Ballestrem von der Sitzung aus. Nun letzte sich Abg. Singer auf seinem Platz. Graf Ballestrem aber hielt es mit Recht für klug, den auf seinem Platz sitzenden Abg. Singer einfach zu ignorieren.“

Das Verhalten der Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus allgemein und das des Abg. Borchardt in der Donnerstagung im besondern kann nicht überblendet werden. Die sechs Sozialdemokraten ziehen durch ihr Benehmen die Würde des Parlaments herab. Wenn sie es so weiter treiben, kann es womöglich noch zu Szenen kommen, wie man sie im österreichischen Reichsrat erlebt hat und jeden Tag wieder erleben kann. Abgeordnete als Vertreter des Volkes haben, wenn das Parlament geteilt und vor allem vorbildlich wirken soll, sich in gewissen Anstandsregeln zu halten. Werden diese erst einmal überschritten, und kommt es angefaßt der Ergröttheit auf der anderen Seite zu solchen Szenen wie am Donnerstag, so ist dann kein Halten mehr.“

Borchardts Protest.

Wie das „S. T.“ hört, hat der Abgeordnete Borchardt gegen seine Ausweisung aus dem Sitzungssaal bereits beim Neuen Einspruch erhoben. Die einzelnen Fraktionen des Abgeordnetenhauses beschäftigten sich Donnerstagsabend in ihren Fraktionsitzungen mit den Vorkägen und mit dem Einpruch. Wie das „S. T.“ weiter hört, werden die Sozialdemokraten gegen die Polizeibeamten, die den Abgeordneten Leinert von seinem Platz weggerieten und den Abgeordneten Borchardt aus dem Sitzungssaal gewaltsam entfernten, wegen Vergehens gegen den § 105 des Strafgesetzbuches, und gegen den Präsidenten des Hauses Freiherrn v. Erffa wegen Anfügung dazu Strafanzeige erstatten. Es heißt, von konfervativer Seite werde eine Parallelation geplant, indem gegen die Abgeordneten Leinert und Borchardt wegen Hausfriedensbruches und Mißverhaltens gegen die Staatsgewalt Anzeige erstattet wird. Auch soll in konfervativen Kreisen eine Verjährung der Geschäftsordnung im Auge gefaßt worden sein.

Deutsches Reich.

Der Seniorenkonvent des Reichstags

trat geftern vor der Sitzung zusammen und stellte den Arbeitsplan fest mit dem Ziele der Erlebigung bis Pfingsten. Zu erledigen sind noch aus der zweiten Etatsberatung Heer und Marine mit den Wehroverlagen, kleinere Etats, sowie die Etats des Reichszanzlers und Auswärtigen Amtes. Ferner die zweite Lesung der Branntweinsteuerorlage und die dritten Lesungen von Etat, Wehr- und Deckungsvorlage. Hierfür stehen 12 Sitzungstage bis zum 21. Mai einschließlich zur Verfügung. Die Budgetkommission wird heute den Militäretat fertigstellen und dann sofort an die Marinemorlage und den Marineetat gehen. Die Seeressorlage mit dem Militäretat soll im Plenum schon heute (Freitag) auf der Tagesordnung stehen; hierfür rechnet man zwei Tage und die beiden folgenden Sitzungstage dann für Marine- und Marineetat. Der 16. Mai ist für die Beratung des



300 und kleineren Etats bestimmt, der 17. und 18. Mai für Reichsanlagen und Auswärtiges Amt. Dann sind zwei Tage, der 20. und 21. Mai, für die Brantweinsteuer in Aussicht genommen, deren erste Fälligkeit in der Kommission besprochen worden ist. In den letzten drei Tagen (22. bis 24. Mai) sollen sämtliche dritte Lesungen, Etat, Verzehr- und Bedarfsvorlage, erledigt werden.

Neu-Voulangismus.

(Sorgen an der Seine.)

Berlin, 10. Mai.

Die neue Waise, in die das deutsch-englische Problem durch das demnächstige Aufsuchen des Freiherrn v. Marzfall in London treten wird, erregt nirgends in der politischen Welt so tiefgehende Beunruhigung als in Frankreich, wenn auch die dortige Presse es zu verschleiern trachtet. Der Gedanke, daß John Bull der Triple-Entente abspenstig gemacht werden könnte, will den Leuten an der Seine durchaus nicht eingehen. Und doch meidet sich bei ihnen immer wieder ein Gefühl der Sorge, ob der an der Themse wirkende Geschäftsträger der Republik, der Bruder des französischen Volksführers in Berlin, Paul Cambon, der latibilligen Genialität des Freiherrn v. Marzfall gewachsen sein wird.

Es dürfte in diesem Zusammenhang die deutsche Öffentlichkeit interessieren, daß der schon oft als ein ebenso rühriger wie strepselloser Herr genannte Berliner Vertreter des Pariser Senatskollegiums „Matin“ sein Geschäft des Auswärtigen politischen Persönlichkeiten jetzt mit vierfachen Eifer betreibt. Doch seine „Gewährsmänner“ zeigen sich erfreulichsweise gründlich ungenügend. Soweit Mitglieder des Reichstages in Frage kommen, sind sie gewiß durch die im verflochtenen Winter bei der Marokko-Angelegenheit gemachten Erfahrungen. Wie erinnerlich sein dürfte, hatte der „Matin“-Vertreter damals die Kühnheit, als seinen Einwand aus Couloisgesprächen mit führenden Reichstagsabgeordneten nach Paris zu berichten, diese Volksrechtler ständen auf dem Standpunkte, daß Deutschland das nordafrikanische Streitobjekt ohne Kompensationsanspruch Frankreich überlassen solle — eine Bewegung der Wahrheit, die natürlich entrißten Protest zur Folge hatte. Solch unlieblichen Mißverständnissen wollen deutsche Parlamentarier sich nicht nochmals aussetzen, und das um so weniger, als sie über die Vorgänge und Tendenzen hinter der diplomatischen Kulisse wohl selbst noch im unklaren sind. In Vermutungen und Räsonnements einem französischen Journalisten gegenüber sich zu ergeben, widerspricht aber in einer politisch so unsicheren Zeit schon ein Maß von Weltkenntnis, über das Vertrauensmänner des deutschen Volkes feststehen dürfte erfahren sind.

Jedenfalls laßt über der benachbarten Republik gegenwärtig eine politische Stimmung, die Gewitterbildungen begünstigt, und es könnte nicht unbedenklich, wenn Minister De la Cassé als Träger „der Hoffnung Frankreichs“ wieder mehr in der Nordseegrund rücken, ein Neu-Voulangismus, dessen Keimzellen seit längerem schon umherzuwirren, triebfähigen Wurzelsprossen finden würde.

Überbürgermeisterwahl in Berlin.

Berlin, 10. Mai. In der gestrigen geheimen Sitzung des Berliner Stadtparlaments ist von den drei bürgerlichen Parteien der bisherige Staatssekretär Merx um als Kandidat für den Berliner Überbürgermeisterposten aufgestellt worden. Die Sozialdemokraten verhalten sich ablehnend, so lange sie nicht befriedigende Erklärungen auf ihre Anfragen erhalten. Die Berliner Oberbürgermeisterwahl findet bereits nächsten Mittwoch in öffentlicher Sitzung statt.

Parlamentarisches.

Der Militärretat in der Budgetkommission.

Berlin, 10. Mai 1912.

Die Budgetkommission des Reichstages führte gestern die Beratung des Militärretats noch nicht zu Ende.

Beim Kapitel „Pferdebefähigung“ wünscht ein konservatives Mitglied Erhöhung der Preise für Remontepferde, sowie Einbeziehung der Provinz Brandenburg in die Remonteprovinzen. General Wandel führt aus, daß die Preise in den letzten Jahren ständig gestiegen sind. Es ist auch Wunsch der Heeresverwaltung, daß die Remontezüchter auf der Höhe bleibe. Die jetzigen Preise machen das aber unmöglich. Es ist auch nachgewiesen, daß die Zahl der kriegsbereitbaren Pferde in allen Provinzen wächst. Ein Sozialdemokrat wundert sich über die fortgesetzten Beschreibungen, die Remontepreise stärker zu erhöhen, als die Heeresverwaltung es für angemessen hält. Er sieht darin einen Wunsch nach neuen Preissteigerungen. Ein sozialparteiliches Mitglied schlägt die Schuld an der Vermehrung der Remontezüchter der Jollipolitik zu, insbesondere dem hohen Futterall. Der Kriegsmilitärretat betont die Wichtigkeit des Pferdebesitzes für die Schlagfertigkeit des Heeres. Der konservativere Berichterstatter glaubt, daß schon jetzt die Remontezüchter vielfach mit Verlust arbeiten.

Beim Kapitel „Reisegebühren“ bemängelt ein sozialparteiliches Mitglied die Höhe der Kilometergelder. Besser wäre auch hier eine Erstattung des wirklich bezahlten Fahrpreises. Auch die Tagesgeber mit 15 Mark sind zu hoch. Ferner finden zu viele unnütze Verrechnungen statt, wofür Beispiele gegeben werden.

Ein Vertreter der Heeresverwaltung erklärt die Grundzüge für Anhebung der Reisegebühren, die im ganzen Reich einheitlich festgelegt sind. Die Verrechnungen sind aus Ersparungsgründen auf das dienlichst bringende Notwendige beschränkt. Von Zentrumsseite wird der Bemänglung begetreten und die Erstattung der Mehrausgaben von 195 000 Mark beantragt. Ein sozialparteiliches Mitglied tadelt ferner die Benutzung von Hotels, die Eisenbahnen für die Armeegüter, durch Offiziere bei Dienstreisen, die solche Befreiungen betreffen. Der Kriegsmilitärretat erklärt, daß die Höhe im Reich mit den preußischen Gelehen für Dienstreisen übereinstimmt. Die wirklichen Ausgaben für Reise- und Unterposten sind seit Jahren procentual gesunken. Für jede Dienstreise wird ihre Notwendigkeit sorgfältig geprüft. Der

Kriegsmilitärretat beweist, daß aus der Benutzung der betreffenden Hotels Ungehörlichkeiten entstehen. — Ein Sozialdemokrat unterstützt den Zentrumsantrag auf Streichung der Mehrforderung. Ein nationalliberales Mitglied befragt aus einer zu großen Beschränkung der Dienstreise eine Verlangsamung und Erschwerung des Geschäftsganges, weil dieser sich dann mehr auf schriftlichen Verkehr gründen müsse.

Der Zentrumsantrag auf Streichung wird angenommen mit den Stimmen des Zentrums, der Volkspartei und der Sozialdemokraten. Bei Kapitel „Waffenwesen“ spricht ein sozialdemokratisches Mitglied über die Vergütung von Heeresbeamten. In der Heeresverwaltung habe, niedrige Löhne, Zwischenmeister usw., und sich außerdem der Gewerbeschäftigte ziemlich zu entziehen will. Ferner scheine die Heeresverwaltung sich bei der Vergütung an Fabriken der Tätigkeit von Mittelspersonen zu bedienen. General Wandel befreit die Verwendung von Mittelspersonen. Die Heeresverwaltung verhandelt nur direkt. Bei den Vergütungen werden nur solche Fabriken berücksichtigt, die auch ihren gesetzlichen Verpflichtungen gegen ihre Handwerker und Arbeiter nachkommen.

Beim Kapitel „Verkehrsweisen“ bittet ein konservatives Mitglied um Mitteilung über das Flugwesen. Ein Vertreter der Heeresverwaltung führt aus, daß in diesem Jahre aus verschiedenen Posten 5 Millionen Mark für das Flugwesen verwendet werden können. Er macht weiter vertrauliche Mitteilungen über Organisation der Flieger. Ein sozialdemokratisches Mitglied fragt nach Verwendung der Nationalkassende. Der Kriegsmilitärretat teilt mit, daß hinsichtlich davon für die Heeresverwaltung etwas abstrahl. Es ist aber darüber noch nichts ausgemacht, die entsprechende Seite auch noch nicht geregelt. Juristisch gesehen werden kann natürlich ein derartiges Geschenk des Volkes nicht. Ein nationalliberales Mitglied erörtert das Submissionswesen und fragt nach den Grundrissen der Heeresverwaltung. Diese antwortet, daß möglichst weite Kreise von Handwerkern dabei berücksichtigt werden sollen. Es muß aber darauf gesehen werden, daß die Interessen der Verwaltung nicht geschädigt werden.

Ein Volksparteiler bemängelt die Zweckmäßigkeit des Baues von neuen Garnisonen; es können Zivilbauten mit genutzt werden. Im übrigen wird die Kommandierung von Soldaten zum Richtschnur bemängelt. Der Kriegsmilitärretat erörtert die Grundzüge über den Richtschnur durch das Militär, wozu von sozialdemokratischer Seite Kritik geübt wird. Der sozialdemokratische Redner hält den Bau von jeftigen Kasernen für unrichtig. — Der Bau einer Garnisonstraße in Steinhilber wird wegen die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Stimmen bewilligt.

Die Beratung wird hier abgebrochen.

Kleine vermischte Nachrichten.

Die Aufhebung der badischen Gesandtschaft in München dürfte nun erfolgen. In der zweiten badischen Kammer haben gemäß dem Mehrheitsantrage der Budgetkommission die Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten mit 40 gegen 24 Stimmen des Zentrums und der Konservativen beim Budget des Auswärtigen Amtes die Streichung der Position von 22 700 Mk. für die badische Gesandtschaft in München beschlossen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung von 25 000 Mk. für die badische Gesandtschaft in München wurde die Mehrheit der Sozialdemokraten und der Fortschrittler erzielt. Der Bundesrat hat die Ermächtigung zur Ausprägung neuer Silber-, Nickel- und Kupfermünzen erteilt. Es werden im Etatsjahr 1912 für 30 Millionen Mark Silbermünzen geprägt werden, darunter Dreimarkstücke für 21 Mill., Zwei- und Einmarkstücke für 4 1/2 Millionen.

Hot- und Personalnachrichten.

Die Kaiserin traf Donnerstag abend, von Bad Nauheim kommend, im Automobil im kaiserlichen Schloß in Somburg ein. Nach zweifelhaftem Aufenthalt erfolgte die Rückfahrt nach Bad Nauheim.

Der vom Kronprinzen. Das Hofmarschallamt des Kronprinzen in Danzig-Vangsbühl erklärt für die außerordentlich vielen Glückwünsche, die dem Kronprinzen zu seinem 30. Geburtstag zugegangen sind, öffentlich eine Dankesunterbrechung.

Ein neuer Militärbesoldungsträger in Bern. Der bisherige deutsche Militärattaché in Bern, Graf zu Rantzau, ist von dieser Stellung entbunden worden. In seine Nachfolge wurde der Hauptmann und Kompaniechef im Infanterieregiment Graf Bauriß (A. Westfäl. Nr. 17 in Würzburg) v. Bismarck unter Bezeichnung in den Generalstab der Armee ernannt. Der neue Militärattaché ist ein enkfertener Verwandter der Gattin des königlichpreussischen Oberkorpskommandanten Wille-Bismarck.

Ausland.

König Georg in Unterseeboot.

Wie aus Neumouth gemeldet wird, unternahm König Georg eine längere Unterseebootfahrt in einem Tauchboot. Bei der Befestigung des Tauchbootes „D 4“ drückte der Herrscher den Wunsch aus, eine Fahrt unter der Oberfläch der See zu erproben. Infolgedessen ließ der Kommandant das Unterseeboot mit dem König in See gehen. In einiger Entfernung vom Meer tauchte es unter und fuhr mit vollem Dampf und Schmelzen weit unter der Oberfläche weiter. Alsdann tauchte es wieder aus den Fluten hervor und dampfte nach der königlichen Yacht zurück. Die Fahrt unter Wasser dauerte ungefähr zehn Minuten, und der König, der den komplizierten Mechanismus des Bootes genau in Augenschein nahm, erklärte sich von der neuen und eigenartigen Erfahrung lebhaft befriedigt. Die Blätter heben hervor, daß von allen Staatsoberhäuptern Georg das einzige ist, das eine Fahrt in einem Tauchboot unternommen hat.

Verhinderung der englischen Flottenbereitschaft.

Wie die Londoner Admiraltät bekannt gibt, ist eine sogenannte letzte Marineinspektion eingeleitet worden, die aus Leuten der königlichen Flottenreserve unter 37 Jahren bestehen soll, die sich freiwillig dazu melden. Die Leute können wenn erforderlich, noch vor der Mobilisierung zum Dienst einberufen werden. Es haben jedes Jahr eine 25tägige Übung durchzumachen und erhalten während des ganzen Jahres eine Lösung von 1 Schilling täglich.

Seine Nachrichten aus Rhodos.

Aus Konstantinopel wird gemeldet: Seit Donnerstag früh werden ungeduldi weitere Nachrichten aus Rhodos erwartet. Aber eine Befestigung der

Wendungen über eine große Niederlage der Italiener war bis zum späten Abend noch nicht eingetroffen. Die Besetzung durch die Schwierigkeit der Befestigungsarbeiten Korrespondenz erklärt. Die Regierung glaubt verstanden zu können, daß die italienische Meldung von der Gefangennahme des Wais von Rhodos falsch ist (?). Der Wais wolle bei den türkischen Truppen im bergegen Innern. Bei der Befestigung der Wägen in den Dardanellen erprobte die Wägen. Angeblich ist niemand verstorben. Hier wird eine künstliche Fingertätigkeit verbreitet, die die Definition der Meerengen zwischen Rhodos bestärkt; man hält die Wägen öffentlichlich aber für ein russisches Manöver.

Neue Anruhen der englischen Grubenarbeiter.

Die Führer der englischen Grubenarbeiter werden am Freitag eine Versammlung in Cardiff abhalten. Auf der Tagesordnung steht der Abbruch der Anfechtungen mit den Arbeitgeberern und sofortige Erneuerung einer nationalen Konferenz der Grubenarbeiterverbände. Entsendung einer Abordnung an Asquith; laute für den Fall, daß die Lösung der jetzigen Krise nicht erfolgen sollte, die Proklamierung eines neuen Generalstreikes der Grubenarbeiter. Ferner sollen die Eisenbahner ermahnt werden, sich der Bewegung anzuschließen, und die Mitglieder der Arbeiterpartei sollen veranlaßt werden, eine parlamentarische Delegation im Unterhause durchzuführen.

Der gemächte Ausbruch des Bestreites Südwests hat inzwischen ebenfalls die Höhe für die Lohnsätze festgelegt. Diese haben jedoch in Arbeiterkreisen nur wenig befriedigend gewirkt, da sie keine Lohnaufbesserung bringen. Unter den Arbeitern herrscht infolgedessen eine große Erörterung, die sich nach Berlin ausbreitet. Die Arbeiter fordern die Erzeugung der Arbeiterbewegung, die für morgen Sonnabend in Cardiff eine neue Generalkonferenz einberufen haben, in welcher über die Frage beraten werden soll.

Die Republik China.

Beijing, 10. Mai. Die „Agence extreme Orient“ meldet aus Beijing: Das diplomatische Korps hat über die Anerkennung der Republik China beraten und dabei folgende Bedingungen aufgestellt: 1. Die Republik China muß in gewöhnlichen Einvernehmen. 2. Die Republik China muß weit her die Einführung der republikanischen Organisationsformen ist, und ob der Volkswille sich für die Republik ausspricht. 3. Sämtliche früheren Verträge müssen aufrecht erhalten werden. 4. Die von den Mächten anerkannte Hauptstadt darf nicht ohne Zustimmung der Mehrheit der Mächte verlegt werden. 5. Die fremden Gesandten werden zu Konsulaten ernannt. 6. Die den Mächten zugesandten Vertreter in China können nicht befristet werden. 7. Die durch Unruhen entstandenen Schäden an dem Eigentum der Angehörigen fremder Mächte sind zu vergüten. 8. China wird einer vollständigen Kontrolle über seine Truppen unterstellt und gibt Garantien dafür, daß die Unruhen sich nicht wiederholen. — Weiter meldet dieselbe Agentur aus Beijing: Auf das Verlangen Chinas, die Achtung der aus dem Lager ausführenden Verpflichtung auf ein Jahr zu linden oder eventuell zu ernähren, ist bisher nur von einem Gesandten, und zwar dem Vereinigten Staaten, und zwar zustimmend beantwortet worden. Die übrigen Gesandten werden erst an ihre Regierungen berufen und Informationen eingeholt.

Diplomatenwechsel.

Petersburg, 9. Mai. In diplomatischen Kreisen wird berichtet, daß außer dem Justizminister auch der Minister des Innern, Makarow, zurücktreten wird. Es soll nur eine Anstandsfrist gewährt werden, damit es nicht den Anschein gewinnt, als ob seine Entlassung unter dem Druck der öffentlichen Meinung erfolgt.

Marokkanische Gesichte.

Paris, 10. Mai. „Matin“ berichtet aus Fez: Die Kolonne des Obersten Girauden, welche gegen die marokkanische Harla ausgesandt worden ist, hatte einen Gefecht bei Suf el Jela zu bestehen. Die Kolonne wurde angegriffen in dem Augenblick, als sie ihr Lager beziehen wollte. Die Angreifer bestanden aus 600 Dissidenten und 150 Desertoren des Tabers Wana. Die Leute wollten nach französischer Art kämpfen, indem sie von ihren Herden fliehen und fliehen lassen, sie hatten aber schließlich gerade noch Zeit, ihre Pferde wieder zu besteigen und den Rückzug anzutreten. Die Harla erlitt eine schwere Niederlage. Die Verluste auf französischer Seite betragen nur 2 Verwundete. Der Kampf dauerte nur 9 Uhr morgens bis 5 Uhr abends. Die französische Kolonne lehrte dann nach Fez zurück.

Chinesenpanik in Mexiko.

Aus New York wird berichtet: Mehrere hundert Chinesen, die sich auf der Fahrt auf dem auführerlichen Gebiete des Staates Coahuila befinden, haben sich an die Regierung in Washington mit der Bitte gewandt, zeitweilig die Aufsicht über dieses Land zu übernehmen. Durch die Erinnerung an das Chinesenmassaker während der letzten Revolution in Schreden gesetzt, trösten die Chinesen in Vidras Negras, gegenüber Eagle Pass, zu kommen und bitten flehentlich darum, über die Grenze gehen zu dürfen. Die Regierung in Washington hat die Genehmigung erteilt, die in Vidras Negras eingetroffenen flüchtigen Chinesen, deren Zahl sich auf 250 beläuft, auf das Gebiet der Vereinigten Staaten hinüberzulassen.

II. Internationaler Hausbesitzer-Kongress.

Berlin, 8. Mai.

Der Internationale Hausbesitzerkongress führte seine Beratungen heute zu Ende. Den heutigen Verhandlungen wohnte u. a. auch der Direktor des Zweverbandes Groß-Berlin, der frühere Stadtkämmerer Dr. Steintger, bei.

Das Thema des heutigen Tages bildete

„Bergleibende Wohnungseigentümer.“ Das erste Referat hierzu erstattete der als Statistiker bekannte Professor Dr. Silbergleit, Direktor des statistischen Amtes Berlin. Er führte aus, daß eine Wohnungseigentümerstatistik besonders schwer zu bearbeiten sei, da es sich nicht um die Statistik allein handle; vielmehr müsse man die Wohnungen betrachten im Verbands des Ganzen, von dem sie einen Teil bilden, d. h. der bewohnten Grundstücke, und man müsse sie andererseits in Beziehung bringen zur Bevölkerung, die in ihnen lebt. So gebe es drei verschiedene Arten und der Hausbesitzer: eine Statistik der Grundstücke, der Wohnungen und der Hausbesitzer. Zu der eigentlichen Wohnungseigentümer-

die die Verhältnisse der bewohnten Wohnungen darstellen, die die Verhältnisse der bewohnten Wohnungen darstellen...

huren Hoppland her ist. Ein Stachfen gibt etwa 50 Kilogramm. Der Altmärker Hopfen wird gern gekauft...

lautet: Ihrem ehemaligen Lehrer gewidmet von Herzog Friedrich II. und den Prinzen Eduard und Arvid von Anhalt.

Regierungsrat Dr. Seibt, Mitglied des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin, hebt als zweiter Referent hervor, daß es meher in Deutschland noch im Zustande einer eigentlichen Wohnungsnotlage stehe...

Preussischer „Bremsenschuh“. Gotha, 8. Mai. Hier trat gestern die die Einziehung des Eisenbahnbetriebs bezugende sog. preussische Bremsenschuh...

Kunst und Wissenschaft.

Martha Grossé - Blumenkönigin. In die vielsten Jahren, fanden auch diesmal wieder in Köln Blumenpiele statt. Die schillernde Dichterin Martha Grossé, die bekanntlich in der Vorlesung auch in der literarischen Gesellschaft in Halle einen Vortrag abgelesen hatte...

Hochschulnachrichten. Der o. Prof. der praktischen Theologie an der Göttinger Universität, Abt zu Bursfelde, Geh. Konfliktoriatrat Dr. theol. Karl Knoke wurde zum außerordentlichen Mitglied des Königl. Landeskonfessionsrats in Hannover ernannt...

Generaldirektor Diefte (Berlin) betonte die Notwendigkeit der Statistik der Wohnungsnotlage, wie sie seit 30 Jahren in Kassel und Leipzig und verschiedenen hiesigen Städten bestehen. Uebrigens (Göttingen) schlägt vor, ein internationales Komitee für diese Frage zu wählen...

Härtlinger Interieur. Schwanfeld, 8. Mai. Wie allgemein, findet auch an dem beschriebenen Himmelfahrtstag (16. Mai) in Schwanfeld ein Härtlinger Interieur statt. Es heißt zu erwarten, daß er aus allen Gauen Thüringens wiederum zahlreich besucht wird...

Geographien, 8. Mai. (Die Einziehung eines Schanzhorstentemas) am 2. Mai 1913 auf dem hiesigen Schachfeld ist gescheit. Aber es wird erfrischt, es monumentaler ausgearbeitet, als es jetzt möglich ist...

Generaldirektor v. d. Borgh, früherer Direktor des Kaiserlichen Statistischen Amtes und nunmehriger Generaldirektor des Reiches zum Schutze des Hausbesitzes, sagt die Ergebnisse der Verhandlungen dahin zusammen, daß alle Referenten die hohe Bedeutung einer Wohnungsstatistik hervorzuheben haben...

Reinburg a. H., 8. Mai. (Ein lustiges Stillein) trug sich dieser Tage zu. Ein Herr wollte seinen großen Hund zum Gehen wegben, und so fand sich auch kein Nummerlanger Eigentümer eines guten Raumbausens etc. wußte es verstanden, das Tier mit wirtlichen äußerlich Jader putzmal zu machen und an der Leine mit fortzunehmen...

Geschäftsverkehr. (Für die Veröffentlichung unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.) Unterzeichnungsarbeiten während des Frühjahrs sind ein alter Volkswort, der große Bevölkerung hat, vielfach aber mit ungenügender oder veralteten Mitteln gelebt wird...

entwickeln, aber dies dürfte nicht auf dem bisherigen Wege geschehen, daß nämlich jedes Staat einzeln um den anderen und innerhalb jedes Staates jede einzelne Gemeinde ihren eigenen Weg geht. Dann wird man zu einer internationalen Vergleichbarkeit, inwieweit eine solche überhaupt möglich ist, niemals kommen...

Calbe a. S., 8. Mai. (Eingiprache gegen die Chloralkalimfabrik). Das Kreisverwaltungsgericht in Bernburg befahte sich gestern mit dem Vorfall des Oberbürgermeisters Reinweber mit den Einwohnern gegen die von den Gewerkschaften Gröna und Bernburg geplante Fabrikanlage. Die Angelegenheit ist bereits verhandelt worden...

Die Gewinnziehung der Königsberger Pferde-Lotterie findet im Anschluß an den diesjährigen Königsberger Pferdemarkt bereits am 22. Mai statt. Besonders erwähnt sei, daß unter den 9 komplett bespannten Equipagen, die u. a. zur Verlosung kommen, 2 komplette Viererzüge vertreten sind...

Provinzialnachrichten. Vom Hopfenbau. In den Städten Garbelgen, Kalbe a. M. und in etwa 200 Dörfern der Umgebung bildet der Hopfenbau schon seit Jahrhunderten den Haupterwerbsweg der Bevölkerung. Früchte und Beschäftigung desselben liefern: Herzförmiger, als letztere werden dem Hopfen, welcher das Bienen höherer macht und den angenehmen bitteren Geschmack gibt, das eigentliche Aroma...

Schönsted a. E., 8. Mai. (Von E. Ehrlich). Eigernem Vernehmen nach wird die Fertigstellung der Brücke nach mehrere Monate in Anspruch nehmen. Für die Eingemeinderungsverhandlungen mit Grünau und Ethenau, die dem Landtage nicht mehr rechtzeitig zugehen konnten, kommt diese weitere Verzögerung ansehnlich den gerufen, weil bekanntlich die Eingemeindung mit dem Tage der Inbetriebnahme der Brücke in Kraft treten sollte...

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Weitzmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weitzmann; für den Inlandteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Henkel. Samstags in Halle a. S. - Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Leichte Tisch- u. Bodenweine

Leichte Tisch- u. Bodenweine. vorzüglicher Qualität und bestbekanntlich a. Fl. 90 u. 100 Pf. empfehlen Pottel & Broshowski Mitglied des Rabat.-En.-Verbandes

